

# Kantone kritisieren neues Zollgesetz scharf

2024 sollte die Verordnung in Kraft gesetzt werden – doch daraus wird nichts. Das Parlament beisst sich am Flickwerk die Zähne aus.

Henry Habegger

Das neue Zollgesetz sollte Anfang 2024 in Kraft treten. Das war der erklärte Fahrplan von Christian Bock, dem Chef des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG, vorher Zollverwaltung), und seinem grossen Protektor beim Bund, dem ehemaligen Finanzminister Ueli Maurer (SVP). Das Gesetz ist wichtig, es bildet die Basis für das neue BAZG, also unter anderem für die von Christian Bock geplante und bereits schleichend eingeführte Uniformierung und Bewaffnung des Grossteils der Belegschaft sowie für die umstrittene Streichung des Grenzwachkorps.

Aber das mit 2024 wird nichts. Schon in der Vernehmlassung stiess das «Ermächtigungsgesetz», wie manche es nannten, auf massiven Widerstand, weil der Zoll sich sehr weitgehende Kompetenzen und Vollmachten in mancherlei Hinsicht, oft auf Kosten der Kantone oder der Wirtschaft, zuschanzen wollte. Mehrere Stellen der Bundesverwaltung versuchten danach, die grössten Böcke aus dem Bock'schen Gesetz zu entfernen. Das gelang aber nicht wirklich.

## Ist das neue Zollgesetz überhaupt noch zu retten?

Trotzdem überwies der Bundesrat das Werk ans Parlament. Dort beissen sich jetzt gleich mehrere Kommissionen die Zähne aus. Allen voran die federführende Wirtschaftskommission (WAK) des Nationalrats unter Leo Müller (Mitte). Er hat Mitberichte bei der Sicherheitskommission (SIK), der Rechtskommission (RK) und der Finanzkommission (FK) sowie bei den Kantonen bestellt. Was zurückkommt, tönt nicht gut. Im April 2023 kommt die WAK in dieser Sache wieder zusammen, um das weitere Vorgehen zu bestimmen. Grosse Frage: Ist das neue Zollgesetz zu retten? Denkbar ist etwa eine Rückweisung an den Bundesrat oder das Einsetzen einer Subkommission, um das Gesetz in Ordnung zu



Haben das Zollgesetz zu verantworten: Ueli Maurer, abtretender Finanzminister (rechts), und Zolldirektor Christian Bock. Bild: Peter Klaunzer/Key

bringen. Fest steht einzig: Die Inkraftsetzung des Prestigewerks, vollmundig angekündigt, verzögert sich um ein, eher zwei Jahre.

Wie verkorkt das neue Zollrecht ist, illustriert ein Schreiben der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD), das CH Media vorliegt. Es wurde von KKJPD-Vizepräsidentin Karin Kayser-Frutschi (Nidwalden) unterzeichnet und ging an die Sicherheitskommission und Wirtschaftskommission des Nationalrats.

Die kantonalen Regierungsvertreter betonen zunächst, «dass die Zusammenarbeit mit dem BAZG sehr gut funktioniert und in der aktuellen Form von den Kantonen sehr geschätzt wird». Das BAZG sei ein wichtiger Partner der Polizei und «leistet einen unverzichtbaren Beitrag bei der Bekämpfung der illegalen Migration und der

grenzüberschreitenden Kriminalität». Die kantonalen Polizeibehörden seien auch weiterhin auf den regelmässigen Informationsaustausch und die gute Zusammenarbeit angewiesen. Aber genau das, so die Botschaft der Kantone, darf nicht mit einem Murks-Gesetz aufs Spiel gesetzt werden.

## Ein sehr übergriffiges Gesetz

Die inhaltliche Kritik der Kantone kommt knüppeldick. So wäre nach der Überarbeitung eine zweite Vernehmlassung nötig gewesen, machen sie klar. Doch das wollten Bock und Maurer nicht. Bei der ersten Vernehmlassung im Jahr 2020 hätten sich «die KKJPD und viele Kantone sehr kritisch geäussert», so die Kantone. Die überarbeitete Vorlage enthalte nun aber «teilweise vollständig neue Normen», zu denen man sich nie formell habe äussern können.

In mehreren Bereichen ortet die KKJPD Eingriffe in den «originären Kompetenzbereich der Kantone». Die Polizeiaufgaben des BAZG seien zwar gegenüber der Vernehmlassungsvorlage angepasst worden, aber das neue Regelungskonzept weise «nach wie vor einen institutionellen Mangel auf, indem das BAZG offensichtlich – parallel zur Polizei – originäre polizeiliche Kompetenzen erhalten soll». Dies widerspreche «der geltenden verfassungsmässigen Kompetenzaufteilung, welche die innere Sicherheit primär als kantonale Aufgabe deklariert und sich damit zur kantonalen Polizeihoheit bekennt».

Immer noch steht die Befürchtung im Raum, dass mit dem neuen BAZG eine Bundespolizei quasi durch die Hintertür geschaffen wird. Sollte «die Absicht bestehen, eine zusätzliche operative Polizeiorganisation auf Bundesebene einzuführen,

muss dies auf politischer Ebene und mit den Kantonen breit diskutiert werden», so die KKJPD. «Eine solche grundsätzliche Verschiebung von kantonalen oder Ausweitung von Bundeskompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit sollte nicht im Rahmen der vorliegenden Zollgesetzrevision quasi als Nebeneffekt abgehandelt werden.»

Unterschiedlichste Probleme sehen die Kantone etwa auch bei den vielen Profilingen, die der Zoll vornehmen kann, bei den Risikoanalysen oder bei den Bestimmungen über Ermittlungen und Strafuntersuchungen. Die Artikel seien zum Teil sehr allgemein gehalten, gingen über den Aufgabenbereich des BAZG hinaus. Der Zoll erhalte dabei mehr Kompetenzen als die kantonalen Polizeibehörden. Die Bestimmungen in Bezug auf Strafuntersuchungen etwa «stehen in direkter Konkurrenz zu denjenigen in der

Strafprozessordnung und dem Bundesgesetz über das Verwaltungsstrafrecht».

Auch hier wieder: Dem BAZG würden mit den besonderen Untersuchungsmassnahmen Kompetenzen eingeräumt, welche «deutlich» über diejenigen der Polizeibehörden hinausgehen. «Dies sogar teils ohne gerichtliche Kontrolle, wie sie in der Strafprozessordnung vorgesehen wäre.»

## Gerangel um polizeiliche Aufgaben und Kompetenzen

Nicht einverstanden ist die KKJPD mit einer neuen, schlaumeierisch wirkenden Formulierung, die nach der Vernehmlassung ins Gesetz eingebaut wurde. Demnach übernehme das BAZG «nur polizeiliche Aufgaben, soweit hierfür nicht die Kantone oder eine andere Bundesbehörde zuständig sind». Nur: Damit würden dem Zoll alle polizeilichen Aufgaben zugeschanzt, für die nicht explizit Kantone oder eine andere Bundesbehörde zuständig sind. Das stehe «in klarem Widerspruch zum verfassungsmässigen Subsidiaritätsprinzip, wonach alle nicht explizit dem Bund unterstellten Aufgaben Sache der Kantone sind».

In die Polizeihoheit der Kantone greife auch die Bestimmung ein, wonach das BAZG «einen Beitrag zur Wahrung der inneren Sicherheit des Landes und zum Schutz der Bevölkerung im Grenzraum im Rahmen seiner Aufgaben» leisten soll. «Die Wahrung der inneren Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung sind auf operativer Ebene die originäre Aufgabe der Kantone respektive der kantonalen Polizeikörper», so die KKJPD.

Klar wird: Die Kantone müssen sich mit Händen und Füßen gegen das übergriffige BAZG wehren. Und das Parlament wird sich noch lange und mit viel Aufwand die Zähne daran ausbeissen. Ob die neue Finanzministerin Karin Keller-Sutter (FDP) mit Zolldirektor Bock und seinem Flickwerk so weiterkutschieren will, wie ihr Vorgänger Ueli Maurer? Das ist eine offene Frage.

Feldpost (Teil 19): Warum sich unser Kolumnist für das Durchdiener-Modell entschied

## Soldat Brunner meldet sich zurück!

Ich kann es nicht sein lassen und verschwinde nicht ganz aus Ihrer Zeitung. Ihre vielen Zuschriften, liebe Leserinnen und Leser, haben mich zu sporadischen Updates aus meinem Leben als Durchdiener ermuntert.

Sie fragen sich nun vielleicht, was ist das überhaupt? Durchdiener gibt es seit 2001. Vorher konnte man nur die Rekrutenschule und dann die Wiederholungskurse absolvieren, seither ist es möglich, nach der RS (18 Wochen) gleich alle weiteren Diensttage anzuhängen (25 Wochen).

Für mich bedeutet das: Ich habe im Juli 2022 mit der RS angefangen und werde Ende April 2023 meine Dienstpflicht erfüllt haben. Ich bin dann 20-jährig und nur noch in der Reserve, aber nicht mehr aktiv.

Für diesen Weg – alles an einem Stück – habe ich mich entschieden, da ich nach der Kanti, die ich im vergangenen Sommer abschloss, sowieso ein Zwischenjahr machen wollte. Mein Jahr mit Militär zu füllen, bringt einige Vorteile: Ich kann viel Geld sparen, da ich verdiene und praktisch nichts ausgeben muss. Pro Tag

bekommt man 62 Franken aus der EO (Erwerbsersatzordnung) und 7.50 Franken Sold. Zudem muss ich mich während des Studiums nicht um WKs kümmern.

Ganz ehrlich: Die Wochen nach der RS waren lockerer als die Rekrutenschule selbst. Darum hatte ich endlich auch die Zeit, die Flut von E-Mails zu lesen und zu beantworten, die ich von Ihnen bekommen habe. Ganz herzlichen Dank dafür, die lobenden Worte und interessanten Erzählungen aus Ihrer Militärzeit habe ich sehr geschätzt. Es freut mich, dass

ich Ihnen das RS-Leben näherbringen durfte.

Die Zeit hier geht schnell vorbei, erst recht, seit die Rekrutenschule durch ist. Eine Woche kochen für meine RS-Kollegen, die in Brugg weitermachen. Eine Woche aushelfen in der Durchdiener-Kaserne Bremgarten. Für die Unteroffiziersanwärter Hörnli schöpfen, wenn sie ihre Abschlussübung haben... Und dann war ich auch noch vier Tage auf der Krankenstation in Isolation – nach zweieinhalb Jahren Coronapandemie hatte es auch mich erwischt.

Übrigens, wir mussten die Festtagszeit nicht in Uniform verbringen: Zwei Wochen dienstfrei. Das bedeutet nicht komplett frei. Ich war auf Abruf, falls nötig, hätte ich einrücken müssen. Man weiss nie im Militär.



Eliah Brunner, 19, Soldat eliah.brunner@gmx.ch

## Lotto

**Schweizer Zahlenlotto**  
12, 15, 28, 29, 33, 40 Glückszahl: 4  
Replay-Zahl: 4 Jokerzahl: 5 2 3 1 1 9  
04.01.2023

**Deutsches Zahlenlotto**  
19, 29, 31, 34, 37, 47 Super 6: 8 3 6 2 8 2  
Superzahl: 0 Spiel 77: 7 6 6 0 7 1 8  
04.01.2023

**Österreichisches Zahlenlotto**  
3, 5, 10, 17, 35, 41 Zusatzzahl: 22  
Joker: 4 6 3 7 9 2  
04.01.2023

**Euromillions**  
20, 21, 29, 45, 46 Sterne: 3, 10  
2. Chance: 1, 11, 16, 18, 49  
Super-Star: R O 8 7 N 03.01.2023

Alle Angaben ohne Gewähr